

Renten an Kinder und Enkel Getöteter 12025,34 (12226,42) Mk., Renten an Verwandte aufsteigender Linie Getöteter 853,80 (853,80) Mk., Abfindungen an Witwen Getöteter im Falle der Wiederverheiratung 842,19 (872,79) Mk., Renten an Ehefrauen (oder Ehemänner), Kinder, Enkel und Verwandte aufsteigender Linie von Verletzten, die in Heilanstalten untergebracht sind, 2219,39 (1951,04) Mk., Kur- und Verpflegungskosten 10331,50 (10081,14) Mk. Außerdem wurden auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes für die Fürsorge der Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen an Kosten des Heilverfahrens, der Kur- und Verpflegung 1908: 15104,73 Mk., die in der Gesamtschadungssumme nicht mit enthalten sind, ausbezahlt, gegen 15755,05 Mk im Jahre 1907.

Die Unfallverhütungs- und Unfallregulierungskosten betragen 1908: 37469,43 Mk., gegen 34729,55 Mk. 1907. Hiervon entfielen auf die Unfallverhütungskosten 1908 8593,26 (1907 7228,43) Mk., auf die Unfalluntersuchungs- und Entschädigungs-Feststellungskosten 17956,98 (18065,33) Mk., auf die Rechtgangskosten 10919,19 (9432,79) Mk. Die letzteren, also die Aufwendungen für die Bemühungen der Berufsgenossenschaft, sich von der Verpflichtung zur Entschädigung der Unfallverletzten möglichst zu befreien, sind demnach viel stärker gestiegen wie die Aufwendungen für Unfallverhütung. Man sucht also nicht durch größere Aufwendungen für diesen Zweck das Uebel bei der Wurzel zu fassen, sondern man sucht die Entschädigungssummen auf ein gewisses Maß zu beschränken, indem man einfach dem Verletzten oder seinen Angehörigen die Entschädigung soviel als möglich streitig macht. Sie scheuen keine Opfer, um mit Hilfe ihrer geschulten Kräfte den »Kampf um die Rente« bis zur letzten Instanz durchzuführen, weil bei einem obsiegenden Urteil die »Ersparnisse« ganz bedeutend sind, und zwar auf Kosten des armen Verunglückten, der, wenn er sich nicht mit Hilfe eines Arbeitsekretariats Geltung verschaffen kann, meist den Kürzeren zieht.

Das beweisen die Ergebnisse der Berufungen und Rekurse, die in der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft entschieden wurden. Im Jahre 1908 wurden von der Berufsgenossenschaft 1321 berufungsfähige Entscheide erlassen. Von diesen wurde gegen 303 Berufung eingelegt. Außerdem kamen aus dem Jahre 1907 noch 43 als unerledigt übernommene Fälle zur Entscheidung, so daß im ganzen 346 Berufungen zu erledigen waren. Davon wurden zugunsten der Genossenschaft 171, der Verletzten aber nur 106 entschieden. Durch Vergleich wurden ferner 5, durch Zurücknahme der Berufung 10, durch Zurücknahme des Bescheides 6 Fälle beendet, während 42 Fälle als unerledigt in das Jahr 1909 übernommen werden mußten. — In 107 Fällen wurde gegen die Entscheide beim Reichsversicherungsamt Rekurs eingelegt, und zwar durch beide Parteien in 2, durch die Genossenschaft in 33 und durch die Verletzten in 72 Fällen. Zugunsten der Genossenschaft wurden 50, zugunsten der Verletzten nur 16 Fälle entschieden; 2 Fälle wurden an die Vorinstanz zurückverwiesen, während 39 als unerledigt ins laufende Jahr übernommen werden mußten.

Außer den Berufungen wurden 1908 177 Anträge auf anderweitige Feststellungen der Entschädigungen gestellt, und zwar 173 durch die Genossenschaft und 4 durch die Verletzten. Die Herabsetzung bezweckten 67, die Aufhebung 105, die Erhöhung 4 und die Wiedergewährung 1 von diesen Anträgen. Mit einer Ausnahme forderten also alle Anträge der Genossenschaft die Rentenquetschung oder die völlige Aufhebung der Renten. Durch Anerkennung wurden 1, durch Vergleich 1, durch Zurücknahme 2, durch Schiedsgerichtsentscheidung 157 Anträge erledigt, während 16 noch unerledigt blieben. In 33 Fällen erkannte das Schiedsgericht auf Abweisung des Antrags, in 49 auf Herabsetzung, in 75 auf Aufhebung der Rente, woraus zu ersehen ist, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Genossen-

schaft bei den rentenquetscherischen Bemühungen Erfolg hatte. — Von den gegen 51 Schiedsgerichtsentscheiden eingelegten Rekursen, von denen 3 von beiden Parteien, 23 von der Genossenschaft und 25 von den Verletzten ausgingen, wurden 24 zugunsten der Genossenschaft und nur 8 zugunsten der Verletzten erkannt, während 2 zurückgewiesen und 17 als unerledigt in das Jahr 1909 übernommen wurden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Verwaltungskosten auch im vergangenen Jahre wieder von 86981,47 Mk. Ende 1907 auf 87488,93 Mk. gestiegen sind. Sie waren also um mehr als 10000 Mk. höher als die im Jahre 1908 erstmalig gewährten Entschädigungssummen und machten ungefähr ein Sechstel der Gesamtsumme der im Berichtsjahr ausgezahlten Entschädigungen aus. Das ist wieder ein Beweis, wie kostspielig die »ehrenamtliche« Verwaltung der Träger der Unfallversicherungen, der Berufsgenossenschaften, ist. Sie überragen in bezug auf Verwaltungskosten nicht nur die Krankenkassen, sondern auch die Träger der Invalidenversicherung, die Landesversicherungsanstalten, ganz bedeutend. Der Reservefonds der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft stieg von 952333,45 Mk. Ende 1907 auf 1028637,57 Mk. Ende 1908.

Rundschau.

Der Generalstreik in Schweden dauert in der bisherigen Wucht und Ausdehnung fort. Daran ändert auch das Bemühen der unternehmerfreundlichen Presse nichts, ein Abblauen des Streiks der Welt vorzulügen. Die Zahl der Kämpfenden ist nicht kleiner, sondern durch den in vielen Orten und Gegenden erfolgten Anschluß der Landarbeiter an den Streik eher noch größer geworden. Die Streikleitung hat die Lebensmittelversorgung der Kämpfenden geschickt organisiert, so daß sie den Kampf nach wie vor mit allem Nachdruck und der alten Ausdauer weiter zu führen vermögen. Aber die Arbeiterschaft wird auch, wie der Vorsitzende der schwedischen Landesorganisation, Lindquist, erklärte, jederzeit zum Abschluß eines ehrlichen, ihre Rechte sichernden Friedens bereit sein. Die in kleinerem Umfange erscheinenden bürgerlichen Zeitungen, die früher nur für eine bedingungslose Niederrückung der Arbeiterschaft eintraten, beginnen immer mehr, einer gütlichen Beilegung des Kampfes das Wort zu reden. Ein Unternehmerrblatt tritt direkt für einen Ausgleich ein und erklärt es »natürlich für wünschenswert, daß beide Parteien sich in gegenseitigem Vertrauen wiederfinden«. Die Streikenden büßen nach einer offiziellen Statistik täglich 855000 Kronen an Arbeitslohn ein. Darnach kann man sich einen Begriff machen, wie ungeheuer erst die Verluste des Unternehmertums sein müssen. Der Verlust, den die schwedische Fabrikindustrie in den ersten 10 Streiktagen erlitten hat, wird auf gegen 50 Millionen berechnet, wobei der Wert der sonst pro Jahr produzierten Waren zugrunde gelegt ist. Das Unternehmertum hat also alle Ursache eine Beendigung des Kampfes dringend zu wünschen. Die Unternehmervereinigung machte allein in den ersten 10 Streiktagen bei den Banken Schulden von insgesamt 3 Millionen Kronen, und beim Schreiben dieser Zeilen dauert der Kampf schon die doppelte Zeit! Den Unternehmern brennt also das Feuer schon auf den Nägeln. Die Arbeiter aber werden, gestützt auf die internationale Solidarität, ruhig die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. Der Erfolg muß auf ihrer Seite sein. Daran wird auch der Scherkerstreik nichts ändern, den der Vorstand des »liberalen« und »christlichen« Arbeiterverbandes am 20. August durch die an seine Mitglieder gerichtete Aufforderung begangen hat, Montag, den 23. August die Arbeit wieder aufzunehmen. Das klassenbewußte schwedische Proletariat wird auch ohne diese Verräter an der gemeinsamen Arbeiterschaft seinen Willen durchzusetzen vermögen.

Die Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1908 waren trotz der wirtschaftlich ungünstigen Zeit sowohl in bezug auf ihre Zahl als auf ihren Erfolg recht beachtenswert. Der Verband hat 56 Bewegungen zu verzeichnen, die 168 Betriebe in 52 Orten umfaßten und 2083 Kollegen in den Kampf riefen, also rund 12½ Pro. aller Organisierten überhaup! Es sind, und dies erscheint besonders beachtenswert, zum größten Teile Angriffsbewegungen; sie umfassen 158 Betriebe mit 1750 Mitgliedern. Und die Hauptforderung bei allen diesen Bewegungen war die Verkürzung der Arbeitszeit! Von diesen Forderungen wurden ohne Streik die Bewilligungen für 1666 Personen erreicht. Die Resultate aller Bewegungen, also der Angriffs- und der Abwehrkämpfe, waren die folgenden:

Bewegungen	Kollegen
Erfolgreich ohne Streik	42 1785
Teilweise erfolgreich ohne Streik	7 181
„ mit „	4 93
Ohne Erfolg mit Streik	3 24
Insgesamt	56 2083

Die bedeutende Mehrzahl aller Mitglieder, es sind 1966, waren an den Arbeitsbewegungen ohne Streik beteiligt, und hierin drückt sich wohl die Drepression des Jahres 1908 aus. Die Errungenschaften betragen für 1282 Personen zusammen 2339 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, es kommt auf den Kopf der daran Beteiligten 1½ Stunde, gewiß ein Resultat, das in Beachtung der besonderen ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse, die sich im Steindruckgewerbe besonders gründlich bemerkbar machten, als sehr gut bezeichnet werden kann. Für 206 Mitglieder wurden 342 Mk. wöchentlicher Lohnzuwachs erreicht, es kommt auf den Kopf dieser Beteiligten 1,66 Mk. 724 Mitglieder erreichten sonstige Verbesserungen. In den wenigen Kämpfen, die geführt werden mußten, wurden Arbeitszeitverlängerungen, Lohnkürzungen und sonstiges bekämpft. Tarifverträge wurden in 17 Fällen mit 1260 Beteiligten abgeschlossen. Der Verband hat also trotz der wirtschaftlichen Depression eine rege Tätigkeit für die Hebung der Lage der Gehilfenschaft entfaltet.

Das internationale Sekretariat der Lithographen usw. gibt in No. 7 des »Bulletin«, dessen wesentlichsten Inhalt wir in nächster Zeit in der »Gr. Pr.« wiedergeben werden, folgendes bekannt: Verschiedentlich machten wir die Beobachtung, daß Mitglieder des internationalen Lithographen-Bundes bei Reisen in das Ausland nicht derjenigen Organisation beitreten, welche mit dem internationalen Lithographen-Bund in Gegenseitigkeit steht. So treten z. B. die nach Schweden reisenden Chemigraphen meist dem dortigen Buchdrucker-Verband bei und nicht dem der Lithographen und Steindruckere, welcher die Chemigraphen aufnimmt. Solchen Mitgliedern, welche im Auslande resp. bei Reisen in das Ausland nicht derjenigen Organisation beitreten, welche dem internationalen Lithographen-Bund angehört, verlieren bei der Rückkehr alle früher geübten Rechte. Sofern Mitglieder nach dem Auslande abreisen, sollten alle Landesorganisationen diese abreisenden Kollegen auf die zuständige Adresse aufmerksam machen.

Eine Besteuerung der Plakate nach ihrer Größe strebt von neuem die französische Regierung an, nachdem sie im vergangenen Jahre infolge der zahlreichen Petitionen und Proteste mit dieser Absicht zurückgekehrt hatte. Man will also jenseits der Vogesen dieselbe Dummheit machen, deren Ausführung der deutschen Regierung glücklicherweise nicht gelungen ist.

Eine Lithographengenosenschaft besteht in New-York. Sie übernimmt die Arbeiten von den Druckereibesitzern und verteilt sie unter die arbeitslosen Mitglieder.

Neukonstruierte Bronzermaschinen, die das Bronzieren und Abstauben mittelst Luftdrucks besorgen, sind in den amerikanischen Druckereien in Betrieb. Sie sollen sehr sparsam arbeiten, an Schnelligkeit alle bisherigen Systeme übertreffen und auch viel weniger gesundheitsschädlich sein, da sich fast gar kein Bronzestaub in der Druckerei verbreitet.

Der Lohnkampf im Solnhofener Lithographiesteingegebiet tobt schon länger als 8 Wochen und noch immer ist das Ende nicht vorzusehen. 800 Arbeiter liegen auf dem Pflaster. Die Lithographiesteindruckereien wollen ihren Raubzug vollenden, indem sie darauf bestehen, daß ihr bis zu 50 Prozent reduzierter Tarif angenommen wird. Nahezu 200 Streikbrecher haben sich gefunden und für weitere haben sich Agenten zur Vermittlung gemeldet. Die Streikleitung des Steinarbeiterverbandes appelliert daher an die deutsche Arbeiterschaft, durch Fernhaltung jedes Zuzuges die Kämpfenden zu unterstützen und auch den im christlichen Verbandsorganisierten Streikenden bei Vermittlung von Arbeit behilflich zu sein.

Der Kampf im Hamburger Baugewerbe, von dem wir in No. 25 der Gr. Pr. Mitteilung machten, wurde am 20. August beendet. Zwischen dem Baugewerbeverband und den Vertretern der am Kampfe beteiligten Gewerkschaften haben unter Vorsitz des Baumeisters Heuer-Berlin in Hamburg Verhandlungen stattgefunden, die nunmehr zum Abschluss gebracht wurden. Alle am Kampfe beteiligten Arbeiter aller Berufe erhalten vom 1. April 1910 ab einen Lohnaufschlag von 3 Pfg. pro Stunde und vom 1. Juli 1910 ab einen weiteren von 2 Pfg. pro Stunde. Die für die Gipsler zuletzt gezahlten höheren Löhne bleiben bestehen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Diese Abmachungen gelten vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen beider Parteien. Die von den Arbeitern verfügten Sperrern und die von den Unternehmern vollzogenen Aussperrungen werden aufgehoben. — Die Arbeit ist inzwischen nach erfolgter Zustimmung der Versammlungen am Dienstag aufgenommen worden.

Der Kampf der städtischen Arbeiter in Kiel, über den wir in No. 27 einen Bericht brachten, wurde am 16. August durch einen Mehrheitsbeschluß der Streikenden und Ausgesperrten abgebrochen. Die Ursache für den Umschwung in der Sachlage bildet die Wiederaufnahme der Arbeit durch 70 Mann aus den eigenen Reihen. Der größten Mehrzahl von ihnen hat der Magistrat die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit zugehen lassen, und dieser Verlockung sind sie unterlegen. Trotzdem am 13. August noch eine Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten beschlossen hatte, im Kampfe auszuhalten, ergab sich durch die in den letzten Tagen entstandene Abtrünnigkeit die veränderte

Taktik. Zehn Wochen lang haben die städtischen Arbeiter zusammengelassen wie ein Mann. Der Ausgang des Kampfes wäre bei einem weiteren einmütigen Beharren der Ausständigen im Streik noch nicht in der Weise entschieden gewesen. Der Magistrat befand sich in größter Verlegenheit, da kamen ihm die Ausständigen selbst zu Hilfe. Die Fahnenflucht wurde ziemlich groß, die Aufhebung des Kampfes war deshalb ein Gebot der Notwendigkeit. Dessenungeachtet kann wohl behauptet werden, daß es in diesem Kampfe keinen eigentlichen Sieger gibt, denn auch der Magistrat hat nicht erreicht, was er wollte; auch er ist froh, daß der Konflikt beigelegt ist.

Der Kampf der Schlosser Berlins, der, wie wir in No. 33 mitteilten, durch eine Generalausperrung beantwortet werden sollte, wurde durch Beschlüsse der Streikenden für aufgehoben erklärt. Es sind Lohnerhöhungen und im übrigen die Verlängerung der Tarife der Bau- und der Geldschrankschlosser erreicht worden.

Johann Efftige, der langjährige zweite Vorsitzende des Maurerverbandes, ist in der Nacht zum 19. August gestorben. Der Verstorbene war seit 1897 in der Zentralleitung des Verbandes tätig. Efftige war auch Reichstagskandidat für den 1. Mecklenburgischen Reichstagswahlkreis. Die Maurerorganisation verliert an dem Verstorbenen einen ihrer tüchtigsten Mitkämpfer.

Generalversammlungen und Kongresse.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein hielt vom 12. bis 14. August in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich wegen der allgemeinen Lage der Organisation und wegen des Rücktrittes des 1. Vorsitzenden, der die Leitung des neugegründeten Land-, Wald- und Weinbergsgärtnerverbandes übernahm, notwendig machte. Nach dem Geschäftsbericht betragen die durchschnittlichen Mitgliederzahlen in den Jahren 1904: 2808, 1905: 3880, 1906: 4601, 1907: 4952, 1908: 4800. Am 30. Juni 1909 betrug der Mitgliederbestand 5033. Vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 betrug die Einnahme 147288, die Ausgabe 134609 Mk., sodaß ein Kassenbestand von 12679 Mk. verblieb. Am schwersten wurde der Verband durch die Arbeitslosenunterstützung belastet, die in den 2 Jahren 22523 Mk. betrug, von denen auf das 1. Quartal 1909, in welchem die Krise am drückendsten wirkte, allein mehr als 10000 Mk. kommen. Im Anschluß an den Vorstandsbericht und den Bericht über die Presse wurde eingehend die Frage der Agitation und Organisation im allgemeinen und unter den Privat- oder Herrschaftsgärtnern und den in städtischen Betrieben beschäftigten Gärtnern im besonderen besprochen. Ferner wurde über Lohnbewegungen und Streiks verhandelt und beschlossen, in Zukunft eine Höchsttarifzeit von 10 Stunden tatkräftig anzustreben. In Bezug auf das Beitrags- und Unterstützungswesen wurde eine geringe Beitragserhöhung beschlossen, sodaß jetzt die Beiträge in drei Klassen 30, 35 und 40 Pfg. betragen. Ebenso wurde das Unterstützungswesen den Beitragsstaffeln entsprechend neu geregelt. Nach einem Referat über unsere Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung wurden diese Forderungen durch eine Resolution niedergelegt. In Bezug auf die internationale Organisation der Gärtner wurde die angeregte Abhaltung einer internationalen Konferenz und die Einrichtung eines internationalen Sekretariats als verfrüht bezeichnet, da die ausländischen Bruderverbände noch zu schwach sind. An Stelle des ausgeschiedenen Vorsitzenden Schmidt wurde Busch-Hamburg gewählt. Als Redakteur wurde Albrecht-Berlin wiedergewählt.

Soziale Monatsschau.

Wünsche für den Parteitag, Reichsversicherungsordnung und sonstige soziale Gesetzgebung. Der 16. Ortskrankenkassentag. Der Stand des Arbeitsmarktes in Deutschland. Die Wahlen für die unteren Verwaltungsbehörden.

Eine tiefgehende Erregung macht sich in den weitesten Volkskreisen mehr und mehr bemerkbar. Die drückende Last der neuen Steuern, die ungerichte Art der Belastung durch Verteuerung nötigster Lebens- und Gebrauchsmittel, alle diese Momente tragen dazu bei, manchem bisher Gleichgültigen die Augen zu öffnen. Nützt die Arbeiterpartei diese Situation geschickt aus, dann dürften ihr Hunderttausende neuer Anhänger gewonnen werden. Hoffentlich wird der Parteitag der Sozialdemokratie, der im September zu Leipzig tagen wird, der Situation Rechnung tragen. Dazu gehört allerdings eine geschlossene und einmütige Demonstration gegen alle Volksbedrückerei und für wirkliche Volksrechte. Wird der Parteitag in dieser Form zu den großen politischen Zeitfragen Stellung nehmen, dann wird die Partei damit sicher Erfolge haben. Sollte aber andererseits die Zeit des Parteitages in erster Linie dazu ausgenützt werden, um innere Differenzen, wie Hofgängererei usw., gehörig auszuschlachten, dann wird die demonstrative und agitatorische Wirkung des Parteitages verpuffen. Wo Verstöße und Verfehlungen gegen Disziplin und Grundsätze der Partei vorliegen, da soll allerdings ein ernstes und gerechtes Wort gesprochen werden, der Parteitag soll aber nicht, wie dies in Dresden und Nürnberg geschah, solche Vorgänge als haupt-

sächlichste Aktion der ganzen Tagung behandeln. Führen wir einen geschlossenen Kampf nach außen, vermeiden wir aber innere Kämpfe, die der Geschlossenheit der Arbeiterbewegung den allerschlechtesten Dienst leisten würden. Man darf mit Recht hoffen, daß dieser Parole auf dem diesjährigen Parteitag gefolgt wird, damit er — ein Arbeiterparlament in des Wortes wahrster Bedeutung — zu einem Volksgericht gegen das jetzige Regierungssystem und die herrschenden Parteien werde. Wird der Parteitag auf diese Weise arbeiten, dann wird neue Kraft und neuer Mut zur Agitation für die gerechte Volkssache geschaffen, dann wird aber auch den Gegnern keine Waffe geschmiedet werden, die sie gegen uns ausnützen können. Ich glaube damit den Wunsch aller aufrichtigen Freunde der proletarischen Bewegung zum Parteitage ausgedrückt zu haben.

Neben der Reichsfinanzreform, die bekanntlich die Hunderte von Millionen neuer Steuern gebracht hat, wird der Parteitag noch genügend Stoff zu eingehenden Beratungen über die politische Situation haben. Es sei an das Arbeitskammergesetz, an die Gewerbeordnungs-Novelle, an den Stillstand in der ganzen sozialen Gesetzgebung erinnert. Bekanntlich sind die erwähnten Gesetzentwürfe noch nicht erledigt, sie werden in neuer — und sicher nicht verbesserter — Form den Reichstag beschäftigen. Aus der Unternehmerpresse klingt der Wunsch hervor, daß an Stelle eines Ausbaues der Gewerbeordnung eine Reihe von Spezialgesetzen über Sonntagsruhe usw. geschaffen werden sollen. Es soll damit bezweckt werden, daß die Beratungen sich noch über eine endlos lange Zeit ausdehnen, damit andererseits einer einigermaßen wirkenden Besserung sozialer Zustände aus dem Wege gegangen werden kann.

Die Reichs-Versicherungsordnung wird den Parteitag ebenfalls beschäftigen. Es ist zu wünschen, daß dieser Punkt der Tagesordnung recht gründlich behandelt wird, nicht so am Schlusse ohne gründliche Beratung, nachdem man sich etwa tagelang mit inneren Differenzen herumgeschlagen hat. Zweifellos wird eine gründliche und einheitliche Behandlung dieser Frage ihren Eindruck nicht verfehlen. Das ist um so wünschenswerter, als damit zu rechnen ist, daß die Vorlage über die Reichs-Versicherungsordnung dem Reichstage bald nach dessen Zusammentritt vorgelegt wird.

Der 16. Ortskrankenkassentag, der im Laufe des Monats in Bremen tagte, bot tatsächlich ein geschlossenes Bild einheitlicher Abwehr gegen alle Versuche der Verschlechterungen sozialpolitischer Einrichtungen. Insbesondere wirkungsvoll waren die Arbeiten dieses Kongresses in der Frage der gefährdeten Selbstverwaltung innerhalb der Krankenversicherung. Wirkungsvoll war die Tätigkeit des Kongresses auch auf den Gebieten des notwendigen Ausbaues und der Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, sie alle waren einig in der Abwehr jedes Verschlechterungsversuches, einig auch in dem berechtigten Verlangen auf weitere Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechtes. Der Kongreß bot in der Tat ein erfreuliches Bild sozialer Einsicht und sozialen Wirkens. Wird nun die Regierung nach all den gehörten Stimmen aus dem Lager der Versicherten und der an der Versicherung beteiligten Unternehmerkreise ihre Vorlage entsprechend abändern? Man hofft, daß mit dem Wechsel der Regierung vielleicht auch ein Wechsel in den betreffenden Anschauungen in Erscheinung treten werde. Diese Hoffnung dürfte töricht sein, denn an der Spitze der Regierung steht ja jetzt als Reichskanzler Herr von Bethmann-Hollweg, derselbe, der die frühere Vorlage der R. V. O. vollinhaltlich gedeckt hat. Wahrscheinlich wird die Regierung den Stimmen aus den Scharfmacherkreisen eher Gehör schenken als den Stimmen von Millionen der Versicherten. Es gilt daher, wie ich schon immer ausführte, daß die Arbeiter eine mächtige Arbeiterbewegung ins Werk setzen. Darin kann der Parteitag einen kräftigen Anstoß geben, er kann aber auch tüchtiges Agitationsmaterial liefern.

Leider können wir von einer gründlichen Besserung auf dem Arbeitsmarkte immer noch nichts versprechen. Damit ist leider auch die Aktionsfähigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung immer noch gehemmt. Nach den amtlichen Nachweisen zeigt der Arbeitsmarkt folgende Bewegung: Im Juni dieses Jahres kamen nach den Nachweisen von 814 deutschen Arbeitsnachweisstellen für männliches Personal auf 257 000 Arbeitsangebote nur 135 000 offene Stellen. Bei dem weiblichen Arbeitspersonal liegen die entsprechenden Zahlen günstiger. Gegen den gleichen Zeitraum im Vorjahre ist die Zahl der Arbeitsuchenden um 44 000 vermehrt, die Zahl der offenen Stellen dagegen nur um rund 8000. 5000 Stellen konnten gegen das Vorjahr mehr vermittelt werden. Bei den Krankenkassen zeigt sich folgendes Bild: 4649 Kassen, 20% aller bestehenden Kassen, mit 4,9 Millionen Versicherten (einem Drittel aller Versicherten) zeigten einen Rückgang von 17 806 beschäftigten Mitglieder und zwar vom 1. Juli gegen den 1. Juni 1909. Dieser Rückgang ist zum Teil auf Saisongewerbe zurückzuführen; er zeigt uns aber, in Verbindung mit obigen Zahlen, daß eine wesentliche und anhaltende Besserung auf dem wirtschaftlichen Arbeitsmarkte noch nicht eingetreten ist. Im Vorjahr war der Rückgang in der gleichen Zeit allerdings größer; es ist aber immerhin bedenklich, daß nach so langer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise noch immer kein richtiger Aufschwung

zur Besserung zu verzeichnen ist. Die Nachweise der Fachverbände lassen eine kleine Besserung erkennen, die sich hauptsächlich gegen das erste Vierteljahr 1909 bemerkbar macht, eine Erscheinung die aber alljährlich zu konstatieren ist. Von den Fachverbänden, die berichteten, wurden 31 325 Arbeitslose am Orte und 4704 auf der Reise gezählt. Diesen stehen 1311 104 Mitglieder gegenüber. Diese Nachweise aus dem 2. Quartal des laufenden Jahres lassen den großen Grad der noch bestehenden Arbeitslosigkeit erkennen. Nach der Zahl der Fälle und der Häufigkeit der Arbeitslosigkeit ist sogar eine kleine Verschlechterung zu konstatieren. Es kamen auf 100 Mitglieder Fälle von Arbeitslosigkeit:

	1907	1908	1909
1. Quartal	6,5	9,2	12,7
2. „	6,7	9,4	9,5

Wir werden sicher im nächsten Winter wieder eine große Zahl von Arbeitslosen zu verzeichnen haben, denn aus den angeführten Zahlen ergibt sich, daß eine gründliche Besserung in der wirtschaftlichen Konjunktur vorläufig nicht zu erwarten ist.

Aufmerksam möchte ich noch machen auf die Wahlen für die Vertretung der Arbeiter in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Es handelt sich um die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden. Die Wahlen werden von den Vorständen der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Gemeindefrankenkassen usw. vorgenommen. Für die Gemeindefrankenkassen, welche ja einen Vorstand aus den Reihen der Versicherten nicht haben, wählen die Kommunalbehörden. Die unteren Verwaltungsbehörden sind hauptsächlich auf dem Gebiete der Invalidenversicherung von großer Bedeutung, haben sie doch die Anträge auf Rentenbewilligung und Entziehung usw. zu begutachten. Die unteren Verwaltungsbehörden wählen aber auch die Beisitzer zu dem Ausschuß der Landes-Versicherungsanstalt, dieser wählt wieder die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, und diese die Beisitzer zu dem Reichs-Versicherungsamte. Man ersieht, welche große Bedeutung die Wahlen zu den Vorständen der Krankenkassen haben, denn von diesen Wahlen hängt es ab, ob richtige und tüchtige Arbeitervertreter in die genannten Instanzen gewählt werden. Im Herbst dieses Jahres finden die Wahlen für die unteren Verwaltungsbehörden statt. Mögen auch unsere Mitglieder diesen Wahlen das größte Interesse entgegenbringen. K. M.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektionen.

IV.

Der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg.
(Schluß.)

Der Bericht führt auch einen Fall an, wo die vor der Revision übliche Vorstellung der Beamten auf dem Kontor dazu benutzt wird, vor der Revision schnell Mißstände im Betriebe zu beseitigen, um Auflagen zu entgehen. Zweifellos könnte dieser Verschleierung vorhandener Gesetzwidrigkeiten dadurch entgegengewirkt werden, daß der Beamte sofort ohne Anfrage den Betrieb betritt, doch der Bericht weist treffend darauf hin, daß es auch dann nicht ausgeschlossen ist, daß ein Saal dem andern die Meldung weitergibt, wie auch telephonische gegenseitige Benachrichtigung sämtlicher Firmen ganzer Ortschaften über das Erscheinen der Beamten nachzuweisen sind.

Unseres Erachtens — und darauf muß immer wieder hingewiesen werden — kann dieser Ausschaltung einer wirksamen Revision nur dadurch entgegengewirkt werden, daß sich die Arbeiter zu solchen Manövern, wie der Beseitigung von Mißständen vor der Revision, nicht gebrauchen lassen.

Die Stellung der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitern wird in dem Bericht als ein durchaus befriedigendes Verhältnis bezeichnet. Der persönliche Verkehr mit der Gewerbeinspektion bewegt sich in aufsteigender Linie. Beschwerden gelegentlich der Revisionen sowie auf dem Amtszimmer der Gewerbeinspektionen wurden in zunehmender Zahl vorgebracht, ein Zeichen, daß das Vertrauen der Arbeiter zu der Errichtung stetig zunimmt. Ueber die Art und Weise der schriftlichen Beschwerdeführung äußert sich der Bericht des II. Bezirks sehr anerkennenswert wie folgt:

»Die meisten der ziemlich zahlreich eingelaufenen Beschwerdschreiben waren klar abgefaßt und sachlich gehalten, angenehm berührte auch die Vermeidung ungehöriger oder schroffer Form, welche früher mitunter zurückzuweisen war. In dieser Richtung sind namentlich von Vertrauenspersonen der organisierten Arbeiterschaft unverkennbare Fortschritte gemacht worden.»

Daß die Arbeiter sich immer mehr daran gewöhnen, bezüglich der Erstattung von Beschwerden die Hilfe der Organisationsleiter oder Arbeitersekretäre in Anspruch zu nehmen, kann hinsichtlich einer einwandfreien Erledigung somit nur begrüßt werden. Zweifellos wird so auch manche Maßregelung durch rückständige Unternehmer vermieden, die, wie der Bericht aller 4 Bezirke übereinstimmend konstatiert, in der Hauptsache in Kleinbetrieben vorkommen. Als geradezu gravierend für die Erhaltung dieser Tatsache wird ein Fall angeführt, wo ein wegen Verfehlungen schon oft bestraffter Unternehmer bei

Auch ein Ferienbrief!

Auch ich war in Arkadien geboren,
Auch mir hat die Natur
An meiner Wiege Freude zugesprochen.
Auch ich war in Arkadien geboren,
Doch Tränen gab der kurze Lenz mir nur.
Schiller.

Es war ein trüber Novembertag, als ich morgens die stillen Straßen nach meinem neuen Arbeitsort durchirrte. Vier Monate arbeitete ich friedlich in diesem Herrenhause. Aber an einem schönen, sonnigen Frühlingmorgen — ich kratzte und pinselte, und der aufgewirbelte Staub leuchtete in der Sonne — brach der Sturm los. Gewaltig, mit funkelnden Augen, stand er neben mir, der Herr des Hauses, und schnob mich an: »Sie haben die Farben zu weit gefüllt, die Prägung paßt nicht! Es hat jahrelang bei uns geklappt, Sie haben nicht genau gearbeitet!«

Nach kurzer Zeit kam schnaufend der Herr wieder in Filzschuhen herangelegt und streckte mich unter vernichtenden Blicken mit folgenden Worten zu Boden: »Packen Sie ihre Sachen und machen Sie, daß Sie hinauskommen!«

Auch ich war in Arkadien geboren... Das war im Mai und jetzt spielt der Wind mit den Stoppen! Mit Rührung lese ich, daß diese und jene Firma ihren Arbeitern 3 und 6 Tage Ferien bewilligt hat. Was will das sagen, mir hat man schon über drei Monate bewilligt. Der alte Arbeitskasten mit all den niedlichen Nadeln und Schabern, der mir die Treue von der Lehrzeit an bewahrt hat, steht unbenutzt im Winkel. Der verstaubte Zirkelkasten und das rostende Lineal sehen mich fragend an. Der Arbeitskittel zielt die Wand. Ich habe Ferien!

Lustwandeln sieht man mich in den Straßen der Großstadt. Ich sympathisiere mit einem Taxametergaul, der für mageres Futter seine abgedroschenen Knochen schindet, um einen protzigen »Er« und eine aufgelaasene »Sie« ins Vergnügen zu schleppen. Ein armer Arbeiter, der mühsam unter schwerer Last dahin keucht, erweckt mein Mitgefühl. Er erinnert mich lebhaft an das abgetriebene, pflastermüde Droschkenpferd. Während dieser Betrachtungen genieße ich noch den ambrosischen Duft einiger vorbeisauender Automobile. Se. Excellenz X., der Wirkl. Geheime Rat Y. und der Direktor Z. fahren gerade zur Galatafel. Mein Ohr vernimmt den schnarrenden Laut ihrer weingetränkten Kehlen, und mein Herz erfreut sich ihrer schwarzen, ordnungsgeschmückten Fräcke. Und nicht satt genug kann ich mich sehen an dem Glanze ihrer tadellosen Zylinderhüte. »Hurra! Hurra!« ruft es. Ich erblicke das freudestrahlende Antlitz eines Jungen. »Der König, der König, Hurra!« — Auch ich gehe glücklich zu Hause, ich habe den König gesehen.

Der Postbote ist bei mir gewesen. Einen Zwangsvollstreckungsbefehl und einen Brief, der da hoffnungsvoll beginnt: Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß usw. . . . finde ich. Außerdem noch die Karte eines Kollegen mit der lakonischen Nachricht: Bin heute gekündigt worden!

Das sind auch Ferienfreuden! — Und diese verdirbt mir der Genuß des politischen Teils des Abendblätters, er läßt mich nicht ruhig schlafen, ich kann die Kost nicht verdauen. (Das geschieht Ihnen ganz recht, warum naschen Sie von der Kost der »Leipz. Abendzeitung«. So müßte es jedem gehen! D. R.) Von einem schauerhaften Traum wälze ich mich in den andern. Mich quält eine grausame Spinne, die mich aussaugt und von meinem Blute zusehends schwillt. Dann wieder fühle ich ungeheure Lasten auf mich geladen, wodurch mir das letzte bische Lebensodem, das mir die entsetzliche Spinne gelassen hat, auszugehen droht. Und wie ich genauer hinblicke, sind die Lasten 500 Millionen Steuersäcke. Endlich erwache ich am Morgen. Und da höre ich schon wieder eine vermaledeite Sprechmaschine spielen: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

L. Schr.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Chemigraphenkonferenz.

Am 4. August fand in Berlin eine von der Zentralkommission der Chemigraphen einberufene Konferenz statt, an der die Kreisvertreter, die Vorsitzenden der größten Chemigraphenmitgliedschaften, einige Vertreter des Hauptvorstandes, ein Vertreter des Ausschusses, der Redakteur der Graph. Presse und der Geschäftsführer des Tarifamts teilnahmen. Wichtige Vorgänge im »Bunde der Chemigraphischen Anstalten« gaben die Veranlassung dazu. Darüber berichtete der geschäftsführer des Tarifamtes, Herr Schliebs, ungefähr folgendes:

Seit Beginn des neuen Tarifs begann sofort eine lebhaftere Opposition. Besonders bezüglich der Preiskonvention war ein starker Widerspruch vorhanden. Man versuchte auch die Gehilfen für die Opposition zu gewinnen. Doch die Gehilfenorganisation kämpfte mit Erfolg dagegen an. Die Gehilfen haben sich nach eingehender Durchberatung der Meinung nicht verschließen können, daß die Preiskonvention für den Chemigraphenberuf eine Notwendigkeit ist, daß ohne sie ein Tarif nicht den genügenden Halt hat. Anders lagen die Dinge bei den Unternehmern, von denen viele die Preiskonvention nur als lästige

Fessel empfanden. So kam es, daß einige der größten süddeutschen Firmen den Plan faßten, aus der Tarifgemeinschaft auszutreten. Was die Unternehmer damit beabsichtigen, kann man nicht so ohne weiteres sagen. Aber man weiß, daß beim Fallen des Tarifs die Konkurrenz ungemein scharf wird. Dadurch werden aber die Preise aufs äußerste heruntergehen. Denn wenn einige große Firmen, unabhängig von den Bestimmungen der Preiskonvention, ihre Konkurrenz bekämpfen, dann müssen auch die anderen Firmen mitmachen. Und die Gehilfenschaft wird mit ihren Löhnen und nach und nach auch mit den anderen Arbeitsbedingungen die Kosten dieser Preisunterbietung zu tragen haben. Nun haben diese Firmen die Absicht, später, wenn die vielen Außenseiter konkurrenzunfähig gemacht sind, wieder geordnete Verhältnisse einzuführen. Doch diese Annahme dürfte ein Trugschluß sein. Wie ungeheuer schwer es ist, einmal heruntergebrachte Verhältnisse wieder zu heben, davon wissen wohl die älteren Kollegen etwas zu erzählen. Wer an die Vorgeschichte der Entstehung unseres Tarifs denkt, der wird wissen, was aus unserm Beruf werden muß, wenn der Tarif fällt. Die Konferenz wird zu entscheiden haben, welche Schritte die Gehilfenschaft gegen die Unternehmer, die den Tarif nicht mehr anerkennen wollen, zu tun hat.

In der gründlichen, eingehenden Diskussion schilderte Kollege Hehr die traurigen Verhältnisse vor dem ersten Tarifabschluß und wie sich nach Einführung des Tarifs ganz allmählich erst einigermaßen gesunde Berufsverhältnisse entwickelt haben. Auch verschiedene der nachfolgenden Redner waren der Ansicht, daß wir es hier mit den Folgen der scharfmacherischen Verhätzungen bei den Unternehmern zu tun haben. Ihnen ist der ganze Tarif mit seinen geordneten Berufsverhältnissen im Wege. Derartige Gelüste müsse man ganz energisch zurückweisen. Wenn die betreffenden süddeutschen Unternehmer davon sprechen, eventuell einen Tarif ohne Preiskonvention zu schaffen, wenn nicht anders nur für Süddeutschland, so können wir uns leicht ausmalen, was darauf folgt. Die Herren wissen eben genau: fällt einmal die Preiskonvention, dann muß ganz von selbst alles andere nachstürzen. Das ergibt sich logisch aus der Preisunterbietung.

Allgemein wurde aus den verschiedensten Orten berichtet, daß die Kollegen die Notwendigkeit der Preiskonvention eingesehen haben. Wenn sie auch vielfach für die Preiskonvention an sich nicht besonders eingenommen sind, so hat man doch einsehen gelernt, daß in unserm Beruf ein Tarif ohne diese keinen Bestand haben kann. Alle Delegierten sprachen mehr oder weniger scharf ihre Entrüstung über den beabsichtigten Tarifbruch der Unternehmer aus. In so kurzer Zeit, seit Inkrafttreten des neuen Tarifs, können sich unmöglich die Verhältnisse gewandelt haben. Jedentfalls würden die Kollegen der verschiedenen Orte keine Lust zeigen, die Kosten solcher Seitensprünge der Unternehmer zu tragen. Nach reiflicher Diskussion faßte die Konferenz einstimmig den Beschluß, *jeden Versuch, den Tarif oder einen Teil des Tarifs nicht mehr anzuerkennen, genau so wie jeden sonstigen Tarifbruch zu behandeln.*

Mit dem Gelöbnis, alles zu tun, um den Tarif in seiner jetzigen Form aufrecht zu erhalten, fand dieser Tagesordnungspunkt seine Erledigung. Eine längere Aussprache entspann sich dann noch über einige tarifliche Angelegenheiten, wonach die Konferenz geschlossen wurde.

G. A.

Brief aus Lyon.

Für die Kollegenschaft wird es von Interesse sein, daß der von früher her in Berlin bekannte Adolf Leuchtenberger, bis jetzt Inhaber der Firma »Phototypie du Lud Est« in Lyon, rue des Fantasses No. 1, in Konkurs geraten ist und seine Arbeiter auf eine recht schäßige Art geschädigt hat.

Eines Samstags vertritt er das Personal mit der Ausrede, das er verhindert gewesen sei, rechtzeitig zur Bank zu gehen und Geld zu holen, auf die Lohnzahlung bis Montag. Nicht in freudiger Stimmung verließen die Kollegen das Geschäft, ohne jedoch die Überraschung zu ahnen, die ihnen für Montag vorbereitet worden war. Der saubere Vogel hatte sich Samstags nachts unter Mitnahme aller Gelder, die er noch aufreiben konnte und natürlich auch der Arbeitslöhne im Betrage von 5000 Franks mit seiner Ehehälfte verduftet. Da der Schlag gerade am Monatsende ausgeführt worden war, traf die Kollegen, besonders die verheirateten, ungemein schwer.

Der Durchgebrannte hinterließ ihnen einige Briefe mit den wirklich gutgemeinten Ratschlägen, das Geschäft weiterzuführen, da ihm sein Gesundheitszustand verbiete, sich weiter daran zu beteiligen. Er sei gezwungen, sich an einem sicheren Ort zur Ruhe zu setzen. Seine werte Adresse könne er erst in 2 bis 3 Monaten bekannt geben, da er in dieser Zeit in seiner Erholung nicht gestört zu werden wünsche.

Die Gehilfen sind rücksichtslos genug, leider nicht Nächstenliebe walten lassen zu können. Aber schließlich hat ja der saubere Herr Prinzipal auch nicht christlich an ihnen gehandelt. Sie ersuchen daher alle Kollegen, die über den Verbleib des Genannten etwas angeben können, geeignete Mitteilungen an die Redaktion der »Gr. Pr.« zu senden, die sie an die richtige Adresse weiter geben wird, damit dem durchgebrannten Patienten eine gerichtliche Kur zu Teil werden kann.

R.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.). In der am 29. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende das Andenken unseres verschiedenen Kollegen Obier. Sodann referierte Kollege Müller über den Ablauf der Tarifgemeinschaft und unsere Stellungnahme hierzu. Er schilderte in kurzen Worten den Verlauf der jetzigen Tarifgemeinschaft. Ihr Nutzen und ihre Vorteile waren für uns sehr minimal und durchaus nicht von Bedeutung. Redner beleuchtete die Geschäftsführung der Unternehmer im Tarifamt. Als Beweis für die einseitige Rechtsprechung und Behandlung seitens der Unternehmer genügt die Maßregelung des Kollegen Schäfer-Dresden, ferner die Zumutung, die der Unternehmer-Vorsitzende Herr Jährig unseren Vertretern stellte, indem er verlangte, daß sie einer Lohnreduktion in der Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Depression und Verteuerung aller nötigsten Lebensmittel die Hand bieten sollten. Diese Lohnreduktion sollte, nebenbei gesagt, »für beide Teile gut sein!« Nach Anführung einiger änderungsbedürftigen Paragraphen unseres Tarifs schloß Redner mit der Aufforderung, für einen neuen Tarif, durch den Garantien für ein exaktes Funktionieren der Tarifgemeinschaft geboten sind, einzutreten und zu arbeiten. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner für einen neuen Tarif aus, worauf nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde: »Die heute im Volkshaus tagende Versammlung der Lichtdrucker Leipzigs erachtet für notwendig, eine neue Tarifgemeinschaft zu erstreben, der die Mängel der jetzigen nicht mehr anhaften.« — In einer weiteren am 13. August abgehaltenen Versammlung fand dann die Beratung über die Tarifänderungsanträge statt. Hier zeigte sich deren hohe Bedeutung und Notwendigkeit. Sie wurden sämtlich einstimmig angenommen. Unter Gewerkschaftlichem gedachte der Vorsitzende des schwedischen Generalstreiks und forderte zu regen Sammlungen auf. Eine lebhaftere Diskussion entfaltete sich noch über den Besuch unserer Versammlungen. Wie anderwärts so gibt es auch hier noch viele zum Teil jüngere Kollegen, bei welchen jedes gewerkschaftliche Interesse durch Beteiligung an bürgerlichen Turn- und anderen Vereinen verloren geht. Mit der Aufforderung, daß dieser Uebelstand eine baldige Besserung erfahre, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Leipzig (Chemigr.). Am 21. Juli hielt die »Technische Vereinigung für Photochemigraphie« ihre erste Mitgliederversammlung ab. Berichterstatter der Kommission, die in der letzten Monatsversammlung gewählt worden war, um die nötigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, war Kollege Köhler. Er gab ein Bild von den Arbeiten der Kommission, die sich in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit befaßt hatte. Danach soll für die Entwicklung der »Technischen Vereinigung« die »Typographische Gesellschaft« des Buchdruckerverbandes vorbildlich sein. Sie soll eine Quelle der Wissensschöpfung, Weiterbildung und des Fortschrittes nicht nur in den Grenzen des Chemigraphenberufes, sondern des ganzen graphischen Gewerbes sein. Das soll erreicht werden durch Abhalten von Versammlungen, die an jedem ersten Mittwoch eines Monats in einem noch zu bestimmenden Lokale stattfinden sollen. Durch Schaffung einer Fachbibliothek, Halten der wichtigsten Kunstzeitschriften, Veranstaltung von Preisausschreiben und Ausstellungen, Anlegung von Sammelmappen gelungener und nicht gelungener graphischer Erzeugnisse, Abhaltung von Vorträgen fachtechnischer und kunstwissenschaftlicher Art. Die Referenten hierzu sollen teils aus unseren, teils aus anderen Kreisen entnommen werden. So hat z. B. die »Typographische Gesellschaft«, mit der wir bereits in Fühlung getreten sind, die Stellung von Referenten aus ihren Kreisen zugesagt. Es soll eine Zweiteilung der Geschäfte stattfinden und zwar Vorstand, Kassierer, Schriftführer und Technische Kommission. In der technischen Kommission sollen alle Sparten vertreten sein. In der Voraussetzung, daß eine derartige Vereinigung keinem Berufe so not tut als dem der Chemigraphen mit seiner schnellen Entwicklung und seinen fortgesetzten technischen Umwälzungen und Neuerungen und in der Hoffnung, daß durch die Zusammenkünfte in der Vereinigung das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert werde, schloß Kollege Köhler seinen Bericht mit einem warmen Appell an die Anwesenden, kräftig für die gute Sache in Kollegenkreisen zu agitieren. Die Kommission legte der Versammlung einen Statutenentwurf vor, der sich an das Statut der »Typographischen Gesellschaft« anlehnt und nach einigen kleinen Änderungen einstimmig angenommen wurde. Das Beitragsgeld soll wöchentlich 5 Pfg. betragen und mit den Verbandsmarken erhoben werden. Zur Erlangung von Entwürfen zu einer Mitgliedskarte und einem Umschlag für die Satzungen soll ein Preisausschreiben veranstaltet werden. Die Vereinigung erhält den Namen »Technische Vereinigung für Photochemigraphie«. Ferner wird beschlossen, den im 4. Lehrjahre stehenden Lehrlingen den Zutritt zu gestatten. Nach einer kurzen Diskussion und der Aufforderung an die Anwesenden, freudig mitzuhelfen an dem Gewinn und Segen bringenden Werke, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig (Chemigr.). In einer am 12. August stattgefundenen, vollbesuchten Geschäftsversammlung

nahmen die Kollegen der Firma Meisenbach, Riffarth & Co. den Bericht von der Chemigraphenkonferenz in Berlin entgegen und erklärten sich mit den dort gefaßten Beschlüssen voll und ganz einverstanden. Aus allen Ausführungen leuchtete eine einmütige und entschlossene Stimmung. Einstimmig wurde eine Resolution gefaßt, welche besagt, daß die Kollegen Kenntnis von den beabsichtigten Schritten der Firma nehmen, vorläufig das weitere abwarten, aber unbedingt an den geltenden Bestimmungen des Tarifes festhalten und den Weisungen der Verbandsleitung jederzeit Folge leisten werden. In einer am 20. August abgehaltenen Versammlung der Chemigraphen Leipzigs wurde folgende Resolution angenommen: »Die heutige von fast allen Gehilfen besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den jüngsten Vorgängen innerhalb der Tarifgemeinschaft. Sie drückt ihr Bedauern darüber aus, daß einige Firmen, deren Vertreter bei Erneuerung des Tarifs im vorigen Jahre teilweise selbst an den Beratungen teilnahmen, die Preiskonvention als Vorwand benutzen, um zu versuchen, sich außerhalb der Tarifgemeinschaft zu stellen. Die Gehilfenschaft Leipzigs betrachtet den Tarif als ein Ganzes. Sie sieht in dem Vorgehen der betreffenden Firmen eine Gefährdung des Tarifs und ist fest entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln solche Bestrebungen zu bekämpfen. Mit aller Energie wird sie die zwischen der Prinzipalität und der Gehilfenschaft geschaffenen Vereinbarungen in allen ihren Teilen hochzuhalten versuchen. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, daß sie Sonderabmachungen von Kollegen, welche ohne Wissen der Verwaltung mit Prinzipalaten getroffen werden, als den Interessen des Verbandes zuwiderlaufend betrachtet.«

München (Chemigr.) Eine wahre Massenversammlung tagte am 13. August, um zur Tarifgemeinschaft, die durch den von vier maßgebenden Münchener Firmen geplanten Austritt aus dem Bunde der chemigraphischen Anstalten stark gefährdet wurde, Stellung zu nehmen. Kollege Hehr-Berlin, der das Referat übernommen hatte, besprach in sachlichster Form die Beweggründe, die für das Vorgehen der vier Firmen maßgebend gewesen sein könnten, und warf einen kurzen Rückblick auf den Werdegang unseres Gewerbes. Infolge seines rapiden Aufschwungs strömten ihm alle möglichen Elemente aus den verschiedensten Berufen zu. Die an sich schon äußerst schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden durch diesen unnatürlichen Zulauf geradezu unerträglich. In kurzer Zeit bildete sich eine kleine Reservearmee überschüssiger Chemigraphen, von denen viele ihre Existenz dadurch zu fristen versuchten, daß sie sich von einem Unternehmer nach dem andern zur Einrichtung einer Bude und zur Anlernung frischer Arbeitskräfte engagieren ließen. Dadurch sank der Preis für die Klischees und mit ihm der Lohn der Gehilfen immer mehr, so daß es jeder halbwegs anständigen Firma überhaupt unmöglich wurde, zu konkurrieren. Um diese traurigen Tatsachen aus der Welt zu schaffen, wurden sich die Anstaltsbesitzer einig, einen bestimmten Minimalpreis bei der Lieferung von Klischees einzuführen. Zur Durchführung dieses Uebereinkommens brauchten sie die Hilfe der Arbeiter, die nicht verweigert werden konnte, wenn sich diese nicht ins eigene Fleisch schneiden wollten. So entstand unsere Tarifgemeinschaft mit Preiskonvention, die sich bald für die weitere Entwicklung des Chemigraphiegewerbes als nützlich und segensreich erwies. Jeden Versuch, diese Tarifgemeinschaft zu zerrüttern, müssen, alle, die diese gesunde Weiterentwicklung auch in Zukunft gesichert wissen wollen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Vor allen Dingen muß sich die Gehilfenschaft mit allen Mitteln, im letzten Falle auch durch den Streik, dagegen wenden. Kollege Sillier, der ebenfalls zugegen war, schloß sich diesen Ausführungen an und erörterte die Frage der Tarifgemeinschaft vom prinzipiellen Standpunkt aus. Die Ansicht vieler Leute, daß wir die Preiskonvention im Interesse der Prinzipale hochhalten wollen, ist falsch. Kein Gewerbe ist Preisschwankungen und der Schmutzkonkurrenz so ausgeliefert wie die Chemigraphie. Da die Arbeiter unter der Schmutzkonkurrenz am schwersten zu leiden haben, treten wir für den Tarif mit Preiskonvention, die der gefährlichsten Schmutzkonkurrenz einen Riegel vorschiebt, nur im allerersten Interesse ein. Die Gültigkeit des Tarifs wurde bis zum Jahre 1912 auch durch die Münchener Prinzipale anerkannt und wir verlangen, daß diese Anerkennung aufrecht erhalten wird. Wenn die Münchener Prinzipale ihren Austritt aus dem Bunde damit motivieren wollen, daß norddeutsche Firmen die Preiskonvention nicht einhalten, so sollen sie Beweise unter Nennung der Firmen erbringen; wir werden dann sofort bereit sein, Abhilfe schaffen zu helfen. In der Hauptsache dürften derartige Gerüchte wohl aber auf Reisende zurückzuführen sein, die den Umstand, daß sie keine Aufträge zu bekommen vermochten, ihrer Firma gegenüber mit der Behauptung zu entschuldigen versuchen, sie würden von anderen Firmen bei der Kundschaft unterboten. Wenn trotz der Fadscheinigkeit dieser Gerüchte der Tarif in Gefahr gebracht werden sollte, dann wird die Gehilfenschaft für ihn einzutreten verstehen. Die Kollegenschaft wird zum Kampf gerüstet sein! Die Ausführungen beider Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen in demselben Sinne aus. Nachdem noch die beiden

Vertreter der Hilfsarbeiterorganisation erklärt hatten, daß auch die Hilfsarbeiter im Ernstfalle unsere Bestrebungen einmütig unterstützen würden, fand folgende aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagene Resolution einstimmige Annahme: »Die am 13. August im Arzberger Keller tagende, von über 300 Chemigraphen und Kupferdruckern besuchte Versammlung erklärt: 1. Zur Frage der Preiskonvention haben die Gehilfen keine besondere Ursache, Stellung zu nehmen; bestehen unter den Arbeitgebern diesbezügliche Meinungsverschiedenheiten, so ist es deren Aufgabe, sie auszugleichen zu versuchen. 2. Die Gehilfen halten aber mit aller Entschiedenheit an dem bis zum 31. Dezember 1912 gültigen Tarif mit allen seinen Bestimmungen fest und erklären, in keiner Weise irgend welche Nebentarife oder Sonderabmachungen zuzulassen. 3. Die Versammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, im obigen Sinne zur gegebenen Zeit in entschiedener Weise einzutreten. Hierauf wurde die imposante Versammlung mit der Aufforderung zu fernem regen Versammlungsbesuch und mit einigen kräftigen Schlußworten durch den Vorsitzenden Kollegen Lungewitz geschlossen.«



Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: Wilhelm Hänlein, Berlin N. 28.
Anklamerstr. 27, 1. - Telefon-Amt III. 5246.

Unsere Dresdener Konferenz.

II.

Die wirtschaftlichen Werte der Dresdener Ausstellung für die Gehilfenschaft.

Im Anschluß an den in der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« behandelten Vortrag des Herrn Weiß über die künstlerischen Werte der internationalen photographischen Ausstellung referierte Kollege Hänlein, der Vorsitzende der Zentralkommission der Photographen, über die wirtschaftlichen Werte. Im folgenden bringen wir den wesentlichsten Inhalt des Referats:

Im allgemeinen ist das Interesse der Arbeiterschaft an der Ausstellung groß. Die Arbeiter wissen die kulturelle Bedeutung der Veranstaltung wohl zu schätzen. Dabei lassen sie allerdings keinen Augenblick außer Betracht, daß die Ausstellungen das Gepräge der kapitalistischen Gesellschaft tragen und dazu veranstaltet werden, um für den Kapitalismus Vorteile herauszuwirtschaften. Tatsächlich haben denn auch die Ausstellungen dem Kapitalismus Vorteile gebracht, auch wenn sie selbst ungünstig abgeschlossen haben, was man der photographischen Ausstellung schon heute voraussagen kann. Aber sie bringen schließlich auch für die Arbeiterschaft mancherlei Vorteile mit sich, zunächst für die Arbeiter, die an dem Auf- und Ausbau der Ausstellungen mitarbeiten, ferner aber auch für die Gesamtbevölkerung des Ausstellungsortes durch die Förderung des Fremdenverkehrs. Die Ausstellungen können aber auch für die Arbeiterschaft gegenteilige Wirkungen auslösen, wie man z. B. bei der Chicagoer Weltausstellung beobachten konnte. Dort wurden vor und während der Ausstellung große Arbeitermassen zusammengezogen, die nach der Ausstellung arbeitslos wurden und einen schweren Druck auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausübten. Bei kleineren Ausstellungen kommt das allerdings nicht so in Betracht, wie bei jener Riesenveranstaltung. Zu diesen kleineren Veranstaltungen gehören in der Regel auch die Spezialausstellungen, so daß bei diesen von einer Schädigung der Arbeiterschaft kaum die Rede sein kann.

Die Spezialausstellungen für unser Photographiegewerbe scheinen nachgerade zur Manie geworden zu sein. Sie haben im allgemeinen das wiedergegeben, was in dem früheren engen Rahmen möglich war. Diesmal ist die Beteiligung besonders der Berufsphotographen und der künstlerischen Kräfte des Gewerbes allerdings viel reger und vielseitiger, so daß die gegenwärtige Ausstellung, wie Herr Weiß zutreffend hervorhob, dem Fachmann, also auch dem Gehilfen, eine Fülle von Anregungen zu geben vermag. Am schlimmsten drängt sich allerdings auch hier die Industrie, d. h. also die photographische Industrie, in den Vordergrund, die ihre Fabrikate empfehlen will. Trotzdem würden wir es begrüßen, wenn Deutschland durch die Ausstellung auf dem photographischen Weltmarkt konkurrenzfähiger würde. Denn daraus würden sich neue Arbeitsgelegenheiten ergeben, was nicht nur für die Prinzipalität, sondern auch für die Gehilfenschaft von Vorteil wäre. Den Löwenanteil hat dabei allerdings das Unternehmertum.

Leider sind alle Ausstellungen nur einem kleinen Teil derjenigen zugänglich, die die Produkte schaffen. Die Arbeiter sind fast ganz von der Besichtigung der Ausstellungen ausgeschlossen, so daß deren anregende und bildende Wirkung für die Arbeiterschaft fast gar nicht in Frage kommt. Das trifft im vollen Maße auch für die photographische Ausstellung zu. Besichtigt kann sie mit wenigen Ausnahmen nur von den in Dresden wohnenden Gehilfen werden. Aber auch diese haben infolge ihres geringen Lohnes und der langen Arbeitszeit meist nicht die Möglichkeit, die Ausstellung häufig zu besuchen und eingehend zu besichtigen. Sie kommt also auch hier wieder in der Hauptsache nur den bevorzugten Klassen voll zu gute, im besten Falle

noch einer kleinen Zahl von besser bezahlten Kollegen. Der Umstand, daß die Ausstellung in eine äußerst ungünstige Zeit fällt, was man allerdings vor zwei Jahren, als man die Einleitung traf und von der Krise weiter noch nichts spürte, nicht wissen konnte, trägt weiter noch ein gut Teil zur Beschränkung der Besucherzahl aus Gehilfenkreisen bei.

Ebensowenig wie derjenige, der die Produkte schafft, deren Ausstellung für seine Weiterbildung und seinen Genuß voll ausnutzen oder überhaupt besichtigen kann, ebensowenig erfährt er durch die Ausstellung die ihm in erster Linie gebührende Würdigung. Eigentlich müßte der Gehilfe, der die Ausstellungsgegenstände geschaffen hat, als Hersteller genannt und gewürdigt werden, statt der Firma, die in den meisten Fällen kein anderes Verdienst hat, als daß in ihren Räumen die Produkte hergestellt wurden. Wenn man so verfahren wollte, dann würde sich die Arbeiterschaft schließlich mehr mit derartigen Veranstaltungen befremden können. Würde man außerdem auf der gegenwärtigen Ausstellung für unseren Beruf den Mitarbeiter und seine Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse nennen, dann würde viel mehr Aufklärung über unser Gewerbe verbreitet werden. Mancher Besucher würde erschrecken, wenn er dadurch erfahren würde, unter welchen traurigen Verhältnissen, in welcher Bude manche künstlerische Arbeit durch einen Gehilfen geschaffen wurde, ungeachtet der seelischen Erregungen, denen er bis zum vollen Gelingen seiner Arbeit unterlag und die im Verein mit den traurigen Lohnverhältnissen und langen Arbeitszeiten seine Kraft zermürbten. Aber natürlich wird sich das Unternehmertum schwer hüten, in dieser Weise der Offenlichkeit über unseren Beruf reinen Wein einzuschänken. Ebensowenig wird es geneigt sein, die Mitarbeiter, die tatsächlich die ausgestellten Arbeiten geschaffen haben, zu nennen. Als Aussteller zeichnen nur die Firmen, die sich also, abgesehen von einigen Ausnahmen, mit fremden Federn schmücken und auch hier aus der Arbeit anderer klingenden Vorteil und außerdem noch Ehrungen und Anerkennungen schöpfen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann und wird es aber niemals anders sein.

Trotzdem also die photographische Ausstellung wie alle gleichartigen Veranstaltungen durchaus den Stempel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung trägt, müssen wir uns aber doch bemühen, das Nützliche für uns dabei herauszuziehen. Und Herr Weiß hat ja schon gezeigt, was derjenige, der den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen vermag, alles lernen kann. Er wies u. a. auch auf die Amateure hin, die ungemein befruchtend für den künstlerischen Gehalt der Photographie gewirkt haben. Zweifellos müssen wir Photographengehilfen diese Wirksamkeit voll anerkennen und uns das Gute, was uns die Amateure gegeben haben, aneignen. Gegen die schlechten Begleiterscheinungen müßte allerdings kräftig angeknüpft werden. Wenn die Unternehmer und die Arbeiter geschlossene Organisationen hätten, wäre ihnen die gemeinsame Bekämpfung der Auswüchse des Amateurwesens leicht möglich.

Die Ausstellung hat ferner die ungeheure Vielseitigkeit der Anwendungsmöglichkeiten der Photographie gezeigt. Leider wurden große Gebiete, z. B. die Röntgenphotographie, die wissenschaftliche Photographie usw., den Fachphotographen fast vollständig entzogen, und zwar durch Frauen und Mädchen, die nicht in einer ordnungsgemäßen Lehre ausgebildet, sondern in Lehranstalten en masse herangezogen worden sind und die Arbeit für ein Taschengeld annahmen. Gegen diese Schmutzkonkurrenz müssen wir uns wenden. Wir müssen auch diese weiblichen Arbeitskräfte für die Organisation zu gewinnen suchen, die Verhältnisse bessern, damit sie nicht, sobald sie keine Arbeit in ihrer Sparte mehr haben, schließlich auch ins Porträtfach kommen und die an und für sich schon tieftraurigen Löhne noch weiter drücken. In den Reproduktionsfächern hat man durch Tarifabschlüsse die Verhältnisse zu festigen vermocht. Das ist auch für uns das erstrebenswerteste Ziel. Um es zu erreichen, müssen wir uns aber vor allen Dingen eine starke Organisation schaffen. Haben wir diese, dann wird manche Sparte, die uns verloren ging, zurückerobert werden können, die Verhältnisse werden gesunden und die Vorbedingungen für einen günstigen Tarifabschluß werden gegeben sein.

Die Grundlage für eine Hebung unserer Lage und des Berufs ist also der feste Zusammenschluß, die Organisation, denn nur in der Einigkeit liegt unsere Macht und Stärke. Daneben muß allerdings auch jeder einzelne an seiner Vervollkommnung rege arbeiten. Wie im politischen Leben Wissen Macht ist, so auch im wirtschaftlichen. Der wird im Kampf für bessere Berufsverhältnisse am tüchtigsten und widerstandsfähigsten sein, der über ein hohes Maß von praktischem und theoretischem Wissen verfügt. Dazu kann, wie Herr Weiß treffend hervorhob, die Ausstellung dienen. Wenn wir die ausgestellten künstlerischen Arbeiten auf uns wirken lassen, werden wir schließlich auch erkennen, in welcher Richtung sich die Entwicklung der Fachphotographie bewegt. In immer ausgedehnterem Maße werden sich neben den Werkstätten für handwerksmäßige Massenphotographie die Ateliers für künstlerische Arbeiten entwickeln. Um dieser Entwicklung gewachsen zu sein, ist die rege Arbeit an unserer eigenen beruflichen und künstlerischen

